

## **I. POSITIONIERUNG: Die Welt, die wir jetzt wollen!**

Angesichts der COVID-19-Pandemie hat sich gezeigt, dass Frauen \* die Garanten für das Überleben der Bevölkerung sind. Das Coronavirus zeigt aber auch, wie das kapitalistische, sexistische und rassistische System diejenigen ausbeutet, ohne die das Leben nicht mehr möglich wäre. Lasst uns jetzt das System ändern, weil wir die alte Welt nicht mehr wollen.

Kehren wir zu unseren Forderungen vom 14. Juni 2019 zurück. Wir geben nicht auf!

### **Frauen \* an der Spitze der Pandemie**

COVID-19 zeigt deutlich eine einfache Realität: Wir erledigen tägliche Aufgaben, die wesentlich für die Reproduktion des Lebens in der Schweiz und anderswo sind, ob diese Arbeit vergütet wird oder nicht.

Wir übernehmen hauptsächlich die Pflegeaufgaben in Krankenhäusern und Pflegeheimen; die Kassierer\*Innen gewährleisten den Zugang der gesamten Bevölkerung zu Nahrungsmitteln; Wir sind in Reinigungsberufen tätig, die für den Gesundheitsschutz unerlässlich sind. In all diesen Berufen arbeiten viele Migrant\*Innen. Mit den geschlossenen Schulen übernehmen wir eine noch größere Belastung. Wir jonglieren zwischen Hausarbeit und Kinderbetreuung während wir bezahlter Arbeit einer bezahlten Arbeit nachgehen und mit Prekarität im Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit, unzureichenden Renten und Armut konfrontiert sind.

Die Pandemie verschärft die sozialen, wirtschaftlichen und geschlechtsspezifischen Ungleichheiten. Auch wenn die Männer rein stärker vom Virus betroffen sind, sind die Mehrheit der Patient\*Innen zwischen 20 und 60 Jahren Frauen. Gerade weil viele von uns unter Lebensgefahr und Gefahr für unsere Gesundheit in der Pflege tätig sind und lebenswichtige Dienstleistungen anbieten! Darüber hinaus haben Eindämmungsmaßnahmen uns noch mehr häuslicher, geschlechtsspezifischer und sexueller Gewalt ausgesetzt.

Der Bankrott des gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Systems

Der neoliberale Kapitalismus behauptet seit 30 Jahren, der Privatsektor sei effizienter als die öffentlichen Dienstleistungen. Die Pandemie zeigt uns auf vernichtende Art und Weise auf, dass das nicht zutrifft. Der Mangel an Masken, Schutzausrüstung und Grundmedikamenten zeigen, dass die Gewinnmaximierung auf Kosten der Deckung sozialer Bedürfnisse geht: Die öffentlichen Leistungen nehmen ab, während prekäre Arbeitsplätze zunehmen und unsere Arbeitsbedingungen sich stetig verschlechtern.

Das derzeitige Wirtschaftssystem bedroht die Reproduktion des Lebens und der Ökosysteme, von denen wir abhängig sind. Die Verlagerung der Produktion hat die Produzenten in den weltweiten Wettbewerb gebracht und die lokalen Produktionssektoren in der Schweiz zugunsten multinationaler Unternehmen und großer Unternehmen unter Druck gesetzt, die soziale Rechte verachten, die Umwelt verschmutzen und sich ohne Skrupel bereichern. Die Pandemie beweist unsere Abhängigkeit von Importen und unsere Unfähigkeit, unsere Grundbedürfnisse zu befriedigen. Es zeigt auch unsere Abhängigkeit von Kommunikationsinstrumenten von Technologiegiganten, die unsere persönlichen Daten mit Gewinn extrahieren und verkaufen. Wir sind der umfassenden Überwachung der Bevölkerung ausgeliefert. Schließlich zeigt die Übertragung des Virus auf den Menschen die beschleunigte Zerstörung unseres Planeten durch industrielle Aktivitäten. In der Tat ist die Verbreitung solcher Viren insbesondere mit dem Entwaldungsprozess, der globalen Erwärmung und dem Verlust der biologischen Vielfalt verbunden. Heute zahlen wir einen hohen Preis für dieses kapitalistische, rassistische und patriarchalische System. Diese Krise zeigt deutlich, dass dieses System nicht mehr haltbar ist. Es zeigt auch, dass es im Wesentlichen um die Umwelt und die reproduktiven Aufgaben geht, die wir ausführen, um die Existenz und das Überleben der Menschheit zu gewährleisten.

Wenn der Schweizer Staat dieses gescheiterte Wirtschaftssystem noch einmal retten will, sagen wir nein!

Es kann nicht sein, dass es nur zählt die Gewinne von 1% der Bevölkerung zu sichern, sondern das Wohlergehen von 99%! Das gegenwärtige Wirtschaftssystem und die Politik müssen transformiert

und in erster Linie in den Dienst des Lebens gestellt werden.

## **II. ANSPRÜCHE: Unser Leben kommt vor ihren Gewinnen!**

Am 14. Juni 2019 waren wir während des feministischen Streiks mehr als 500.000 Menschen auf der Straße, weil die Normalität, wie sie sich uns bietet, nicht zu uns passt: Ungleichheit, Diskriminierung, Gewalt gegen Frauen \*, wir wollen es nicht mehr! Andere sprechen von der Notwendigkeit, unsere Welt nach der Krise zu verändern. Wir wollen JETZT beginnen, unsere Welt und unser Leben zu verändern.

Mit diesen ersten 14 Forderungen wollen wir einen Diskussions- und Diskussionsprozess beginnen, um unser Leben zu verändern!

1. Weil wir das Wohlergehen der Bevölkerung in den Mittelpunkt stellen wollen, fordern wir den Bund, der derzeit 60 Milliarden Franken in die Privatwirtschaft investiert hat, auf, einen entsprechenden Betrag zu investieren öffentliche Dienste, insbesondere in Bezug auf die Betreuung und Aufnahme von Kindern und älteren Menschen (vor- und außerschulische Strukturen, UMS und häusliche Pflege).
2. Da die Wirtschaft jederfrau\*s Sache ist, möchten wir, dass ihre Demokratisierung selbst über die Waren und Dienstleistungen entscheidet, die wir produzieren. Finanzspekulationen müssen abgeschafft und in die (Re-) Produktion und das Gemeinwohl reinvestiert werden. Die gesamte Gesundheitskette - von der Herstellung von Geräten und Medikamenten bis zur Verwaltung von Gesundheitsdiensten - muss ein öffentlicher Dienst sein und aufhören, der Logik des Profits zu unterliegen.
3. Weil wir die Lohnungleichheit und Diskriminierung in der Arbeitswelt satt haben, wollen wir diejenigen schätzen, aber auch diejenigen, deren Arbeit lebenswichtig ist: Ihre Löhne müssen erhöht und ihre Arbeitsbedingungen verbessert werden. Die Anwendung des Krankenhausarbeitsgesetzes ist unverzüglich wiederherzustellen!
4. Weil wir in Würde leben wollen, wollen wir den Rückzug von AVS 21 und eine breite Debatte, um das Rentenalter für alle zu senken. Die Pandemie hat die Fragilität der älteren Bevölkerung gezeigt. Ein würdevolles Leben muss jedem Menschen unter allen Umständen garantiert werden.
5. Wir wollen, dass Haus-, Bildungs- und Pflegearbeit anerkannt und geteilt wird. Neben der mentalen Belastung fordern wir einen starken öffentlichen Kinderbetreuungsdienst, erhebliche finanzielle Mittel und echter Mutterschafts-, Vaterschafts- und Elternurlaub. Wir wollen auch einen nationalen Fonds, der weiblichen Hausangestellten unabhängig von ihrem Status Arbeitslosengeld garantiert.
6. Weil wir von der Arbeit erschöpft sind, wollen wir die bezahlte Arbeitszeit reduzieren, ohne die Löhne zu senken, und die unbezahlte Arbeit teilen. Das Coronavirus zwang uns, langsamer zu werden: weniger Reisen, weniger Konsum. Wir wollen das tägliche Leben verlangsamen, die berufliche Arbeitszeit verkürzen und in eine Wirtschaft investieren, die unser Leben und die Ökosysteme respektiert.
7. Weil die Zukunft ökologisch und solidarisch oder gar nicht sein wird, wollen wir die lokale, vereinte und ökologische Produktion und Verteilung fördern, damit wir wesentliche Güter produzieren können, nach einer Logik der Ernährungssouveränität zu leben, während auf den internationalen Handel in einer komplementären egalitären Beziehung zurückgegriffen wird.
8. Da wir geschlechtsspezifische, homophobe und transphobe Gewalt ablehnen, möchten wir sofort einen föderalen Plan zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer, sexueller und häuslicher Gewalt gemäß der Istanbul Konvention, der von einem föderalen Bewertungsinstrument begleitet wird

und Überwachung der Anzahl geschlechtsspezifischer Gewalt und Femizide, ein Begriff, der im Strafgesetzbuch anerkannt werden muss. Das Coronavirus brachte das Berichterstattung über die machistische zum Schweigen. Trotzdem geht es weiter und wird sogar aufgrund der Beschränkung noch schlimmer. Auf allen Ebenen müssen Mittel freigegeben werden, um Zentren für Minderjährige und Frauen\* in allen Gemeinden zu eröffnen, um Schutz zu finden, Beratung zu erhalten und sich austauschen zu können.

9. Weil wir die Freiheit unserer Wahl in Fragen der Sexualität und der Geschlechtsidentität beanspruchen, wollen wir eine frühzeitige vorurteilsfreie Sexualerziehung und eine Stärkung der Schutzmaßnahmen gegen Gewalt gegen Menschen LGBTQI+. Die Beschränkung hat gezeigt, dass solche Maßnahmen erforderlich sind, einschließlich mehr Notunterkünften für Menschen, die aufgrund ihrer Wahl der Sexualität und der Geschlechtsidentität häuslicher Gewalt ausgesetzt sind.

10. Weil unser Körper uns gehört, fordern wir Respekt und freie Wahl. Unseren Körper zu respektieren bedeutet, jedes wirtschaftliche Diktat abzulehnen, das gefährdete Menschen zur Rückkehr zur Arbeit zwingen will. Die Bestimmungen für gefährdete Personen sind insbesondere für schwangere Frauen unzureichend. Alle diese schutzbedürftigen Menschen müssen in der Lage sein, zu Hause zu bleiben und bis zum Ende der Pandemie einen Verdienstaustausch zu erhalten, wenn kein Homeoffice möglich ist.

11. Da Bildungs- und Pflegearbeit ein kollektives Anliegen sein muss, wollen wir eine bedeutende und vorrangige Finanzierung, um eine qualitativ hochwertige Bildung zu gewährleisten, die die Gleichstellung fördert. Die Schließung von Schulen und Kindergärten machte uns auf die zentrale Rolle der Bildungsarbeit und der Kinderbetreuung aufmerksam.

12. Wenn wir von anderswoher kommen und mehrfach diskriminiert werden, fordern wir dieselben Rechte in Bezug auf den Zugang zur Gesundheit, den Verlust von Lohnzulagen und die Regularisierung aller Menschen ohne Papiere! Die Pandemie hat die Fragilität von Migrant\*innen gezeigt: Hausangestellte, Menschen ohne Papiere zahlen den hohen Preis für die Gesundheitskrise.

13. Da das Asylrecht ein Grundrecht ist, wir fordern das Bleiberecht. Die Schweiz muss allen Personen mit einem laufenden Asylverfahren das Recht einräumen, hier zu bleiben und alle Personen ohne Rechtsstatus zu regulieren. Wir fordern unser Land außerdem auf, 50.000 Flüchtlinge aufzunehmen, insbesondere in Lagern in Griechenland.

14. Da die Institutionen nach einem patriarchalen und Klassenmodell konzipiert wurden, in dem wir nur in Einschnitten auftreten, wollen wir eine gleichberechtigte Vertretung von Frauen\* in allen politischen Institutionen und Entscheidungsgremien der Bundesverwaltung, kantonale und gemeinschaftlich, damit unsere Bedürfnisse und Forderungen vertreten sind. Wir möchten, dass die gesamte Bevölkerung gemeinsam über unser gemeinsames Leben entscheiden kann!